



Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 27. Mai 2020 ek

INFOS DES REGIERUNGSRATS

Medienmitteilungen und Vernehmlassungen

Alle Medienmitteilungen und Vernehmlassungen des Kantons Zug sind aufgeschaltet unter:

Medienmitteilungen: www.zg.ch/medienmitteilungen

Vernehmlassungen: www.zg.ch/vernehmlassungen

Weitere Meldungen

Vernehmlassung zum revidierten Übertretungsstrafgesetz eröffnet

Seit 1. Januar 2020 können neben einfachen Übertretungen im Strassenverkehr auch geringfügige Verstösse gegen andere Bundesgesetze, zum Beispiel im Bereich der Schifffahrt oder des Umwelt- und Wildtierschutzes, auf einfache Weise mit Ordnungsbussen sanktioniert werden. Diese Neuerungen im Bundesrecht bedingen Anpassungen in der kantonalen Gesetzgebung. Die Tatbestände und das Verfahren für Ordnungsbussen werden deshalb punktuell revidiert und einzelne Bestimmungen, die neu im Bundesgesetz geregelt sind, aufgehoben. Der Regierungsrat lädt die Zuger Gemeinden, die im Kantonsrat vertretenen Parteien und weitere interessierte Kreise ein, sich zum Revisionsentwurf zu äussern. Die Vernehmlassung dauert bis am Montag, 21. September 2020.

Die Vernehmlassungsunterlagen sind erhältlich unter:

www.zg.ch/behoerden/regierungsrat/vernehmlassungen

Vernehmlassung zur Teilrevision des Gastgewerbegesetzes eröffnet

In vereinzelt Gastgewerbebetrieben und privaten Vereinslokalen im Kanton Zug wird illegales Geldspiel betrieben. Die Strafverfolgungsbehörden bekämpfen diese Umtriebe. Die betroffenen Lokale können aber nicht längere Zeit geschlossen werden, weil die gesetzliche Grundlage dazu fehlt. Im Auftrag des Kantonsrats hat der Regierungsrat darum Änderungen des kantonalen Gastgewerbegesetzes entworfen. Die Inhaberinnen und Inhaber von Gastgewerbe-Bewilligungen werden damit stärker in die Verantwortung genommen, und die Bewilligungsbehörden (Einwohnergemeinden) erhalten griffigere Instrumente gegen illegales Geldspiel und die fraglichen Lokale. Gleichzeitig sollen die Hotelleriebetriebe administrativ entlastet

werden. Der Regierungsrat lädt die Zuger Einwohnergemeinden, die kantonalen Parteien und weitere Kreise ein, zum Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Die Vernehmlassung dauert bis am Montag, 21. September 2020.

Die Vernehmlassungsunterlagen sind erhältlich unter:

<https://www.zg.ch/behoerden/regierungsrat/vernehmlassungen>

Zuger Regierung befürwortet Änderungen im Asylgesetz bezüglich Identitätsabklärung

Die Zuger Regierung stimmt den Änderungen des Asylgesetzes zu, mit welchen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) mehr Kompetenzen zur Überprüfung von mobilen Datenträgern bei der Identitätsabklärung von Asylsuchenden eingeräumt und die Mitwirkungspflicht der Geschwister ausgeweitet werden soll. Entsprechend positiv äussert sie sich in ihrer Vernehmlassung zum Vorentwurf der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Nationalrats. Dieser geht auf die parlamentarische Initiative «Mitwirkungspflicht im Asylverfahren. Überprüfungsmöglichkeit bei Mobiltelefonen» von SVP-Nationalrat Gregor Rutz zurück. Die Zuger Regierung sieht – wie die SPK auch – in der Auswertung von mobilen Datenträgern wie Mobiltelefone oder Tablets eine effiziente Methode, um Informationen über die Identität einer Person zu erhalten. So werden Asylverfahren nicht unnötig verlängert oder erschwert.

Dienstjubiläum

Bernhard Neidhart, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, kann das 25-Jahr-Dienstjubiläum feiern. Der Regierungsrat gratuliert Bernhard Neidhart zum Jubiläum und dankt ihm herzlich für seine wertvolle Mitarbeit.

Pensionierungen

Per Ende Mai werden folgende Staatsangestellte pensioniert:

- Luzia Sahli, Leiterin Administration an der Fachmittelschule, nach 13 Dienstjahren
- Rudolf Schuler, Verwaltungsangestellter bei der Steuerverwaltung, nach 40 Dienstjahren
- Florian Seiler, Fachperson Finanzen/Rechnungswesen bei den Sozialen Diensten Asyl der Direktion des Innern, nach 31 Dienstjahren
- Ursula von Arx, Sekretärin beim Museum für Urgeschichte(n), nach 19 Dienstjahren
- Gabriella Zlauwinen, Präsidentin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und Leiterin des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz, nach acht Dienstjahren

Der Regierungsrat dankt seinen Mitarbeitenden für ihre wertvolle Mitarbeit und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.